



Stellungnahme der IG Metall zur öffentlichen Anhörung zum Thema "Export von Rüstungsgütern" im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

26. September 2018

Einordnung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie

Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie ist keine Branche wie andere. Sie produziert Rüstungsgüter und Kriegswaffen, sie ist Ausrüsterin der Bundeswehr. Deshalb spielen Parlament und Regierung eine entscheidende Rolle. In unseren europäischen Nachbarländern ist der Staat oft an den Unternehmen beteiligt.

Bundestag und Bundesregierung entscheiden zum Beispiel über künftige Entwicklungen und Technologien, über die Beschaffungen der Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit der Industrie bei Dienstleistungen und Wartung, über bündnispolitische Kooperationsprojekte, über grenzüberschreitende Unternehmensplanungen und über Exporte. Kurzum: Die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Linie der Bundesrepublik Deutschland prägt die wehr- und sicherheitstechnische Industrie.

Die entscheidende Rolle der Politik bedingt aber auch ihre besondere Verantwortung für die Beschäftigten. Seit den 1990er Jahren befindet sich die wehr- und sicherheitstechnische Industrie im strukturellen Wandel, der weiter anhält.

Das Weißbuch 2016 betont die europäische Säule, von der konsequenten Umsetzung der Beschlüsse der Europäischen Räte 2013 und 2015 bis hin zu bi- und multilateralen Kooperationen der EU-Mitgliedsstaaten. Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an.

Sicherheitspolitik und Rüstungsindustrie sieht das Weißbuch in direkter Verbindung: „Europa braucht eine eigene leistungs- und wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie, wenn es gemeinsam sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen will.“ Und: „Ziel muss es sein, dass die europäischen Staaten den nächsten Schritt zu einer wirklich integrierten industriellen Struktur in Europa gehen.“

Der Ausbau europäischer Kooperationen bei Rüstungsprojekten und der in der Europäischen Union angestrebte Aufbau einer „European Defence Technological and Industrial Base“ wird nach Einschätzung der IG Metall mittelfristig zu einer Konsolidierung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Europa führen.

Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die IG Metall thematisiert seit 2012 Verlässlichkeit und Planungssicherheit als Geschäftsgrundlage für Regierung und Industrie.



Beide Seiten stehen in der Verantwortung, den Strukturwandel gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften zu gestalten. Die Beschäftigten in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie haben ihren Platz in der IG Metall. Faire Einkommen, anständige Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze – dies wollen die Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte.

Waffenhandelskontrolle

Krisen sind zum Dauerzustand auf der Welt geworden, Gewaltkonflikte und Kriege nehmen zu, geopolitisches und regionales Machtstreben dominieren die internationale Situation. Die IG Metall setzt sich für eine aktive Friedenspolitik ein. Das hat der Gewerkschaftstag 2015 in der Entschließung 1 unterstrichen:

„Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands muss sich im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Daher lehnen wir jegliche politischen Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern, sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab und setzen uns für konfliktlösende Aktivitäten ein. Wir fordern deshalb auch eine transparente und restriktive Handhabung von Waffenexporten. (...)

Jeder Konflikt kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind.“

Die IG Metall hält eine weltweite Waffenhandelskontrolle für notwendig. Deshalb unterstützte die IG Metall die Kampagne von Amnesty International zum Arms Trade Treaty. Gleichzeitig befürwortet die IG Metall gemeinsam mit den bei industriAll Europe organisierten Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU: Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Hier muss es europaweit ein gleiches Verständnis und klare gemeinsame Exportregeln geben.

Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 verankern eindeutig das Primat der Politik. Die IG Metall betont die Notwendigkeit von Transparenz, strikter Endverbleibkontrolle und Klarheit bei der Bewertung von Rüstungsgütern und -projekten.

Deshalb begrüßt die IG Metall die in der letzten Legislaturperiode ergriffenen Maßnahmen, um die Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen voranzubringen. Offenheit und Transparenz hilft auch den Beschäftigten der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie. Ebenso begrüßt die IG Metall die Regelungen zur Endverbleibkontrolle und die Kleinwaffengrundsätze.

Auch wenn die Einschätzungen über die Genehmigungspraxis der Bundesregierung unterschiedlich sind, so bleibt doch festzuhalten, dass die Rüstungsexportkontrolle in Deutschland im internationalen Vergleich restriktiv gestaltet ist.



Perspektive Europa

Der angestrebte Aufbau einer „European Defence Technological and Industrial Base“ verlangt gezieltes politisches Handeln.

Der strukturelle Wandel in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie Europas wird weitergehen. Entscheidungen der EU-Mitgliedstaaten haben zur heutigen Situation geführt. Die Regierungen stehen in der Verantwortung, den Wandel zu gestalten – und zwar gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Hierbei sind Programme zur Diversifikation und Konversion auf nationaler und europäischer Ebene unabdingbar. Auf europäischer Ebene fehlt die Perspektive ziviler Märkte bislang ganz; in Deutschland hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entschieden, das Innovationsprogramm DIVERS einzustellen, bevor es richtig angelaufen konnte. Aus Sicht der IG Metall muss die deutsche und europäische Politik endlich handeln.

Gerade weil in unseren Nachbarländern zumeist der Staat (Teil-)Eigentümer der wehrtechnischen Unternehmen ist, muss in der EU Wettbewerbsgleichheit garantiert sein. In der Praxis erscheint diese oft nicht gegeben.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union handhaben die Rüstungsexportkontrolle unterschiedlich. Der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologien und Militärgütern“ hat zu unterschiedlichen Genehmigungspraktiken geführt.

industriAll Europe und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich für faire Wettbewerbsbedingungen und eine Harmonisierung der Exportgenehmigungen in der Europäischen Union aus, wobei Maßstab die restriktive Regelung von Waffenexporten ist.

Dies sind auch Voraussetzungen für länderübergreifende Unternehmenskooperationen – von Lieferbeziehungen in Wertschöpfungsketten über Joint Ventures bis zu Zusammenschlüssen. Ein erster Schritt könnte es sein, zunächst mit Frankreich eng zusammenzuarbeiten.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei die Handhabung von Dual-Use-Gütern. Zulieferer aus Deutschland, oft mittelständische Unternehmen, die Dual-Use-Güter herstellen und von Systemherstellern in anderen EU-Mitgliedsstaaten für das zivile und militärische Endprodukt zertifiziert sind, können in die Situation geraten, dass sie auch aus der Lieferkette für das zivile Endprodukt genommen werden, wenn die Zulieferung für das Rüstungsgut verweigert wird.